

Kantonsanteil wird wieder zum Politikum

Kantonsrätin Sarah Arnold, FDP, möchte eine Debatte um die Kantonsbeteiligung an der CKW lancieren. Und zu den Löhnen für die Teppichetage gibt es einen dringlichen Vorstoss.

Maurizio Minetti

Der Kanton Luzern und seine CKW-Beteiligung: Es ist kompliziert. Das Thema beschäftigt immer wieder die Politik. Ob schon oder gerade weil der Kanton nur knapp 10 Prozent der Aktien hält, wird in regelmäßigen Abständen gefordert, diesen Anteil zu verkaufen. Mehrheitlich gehört die CKW dem Axpo-Konzern, der sich im Besitz mehrerer Kantone befindet.

2009 schlug die damalige CVP vor, mit dem Verkauf der CKW-Aktien den Tiefbahnhof vorzufinanzieren. Zwei Jahre später forderten die Grünen in einem Postulat den Verkauf der Aktien. Der Erlös sollte in Anlagen investiert werden, die erneuerbare Energien produzieren. Beides kam nicht zustande.

Wenige Jahre später kam das Thema erneut aufs Tapet. Der damalige FDP-Kantonsrat Ruedi Burkard reichte im November 2017 ein Postulat ein und sagte: «Bei einem national tätigen Unternehmen, wie es die CKW werden will, braucht es kein Kantonsengagement.» Sein Vorstoss war zwar breit abgestützt und man diskutierte bereits darüber, wie der Verkaufserlös reinvestiert werden könnte. Doch im September 2018 sprach sich der Kantonsrat erneut dagegen aus.

Teile Energie und Netze trennen

Ende 2023 schliesslich hatte GLP-Kantonsrätin Claudia Huser in einer Anfrage einen Aktienverkauf ins Spiel gebracht, der dann aber letztes Jahr vom Regierungsrat abgelehnt wurde: Man erachte den Zeitpunkt als ungünstig. Der Verweis auf den ungünstigen Zeitpunkt ist nicht neu; Parlamentarier hörten diese Antwort in den letzten Jahren



CKW-Hauptsitz in Emmen.

Bild: zvg

immer wieder, je nach Entwicklung der Börse und des CKW-Geschäftsgangs. Der Buchwert des Pakets schwankte in den letzten Jahren zwischen rund 100 und 300 Millionen Franken. Heute sind die Aktien im Finanzvermögen des Kantons Luzern mit etwa 230 Millionen Franken ausgewiesen. Die Ausschüttungen für den Kanton sind je nach Geschäftsgang unterschiedlich. In den letzten drei Jahren erhielt der Kanton Luzern Dividenden in der Höhe von insgesamt 25 Millionen Franken.

Nun wird am Montag FDP-Kantonsrätin Sarah Arnold aus Adligenswil erneut ein Postulat einreichen. Der Regierungsrat soll prüfen, wie die CKW-Beteiligung so gestaltet werden könne, dass der Kanton «eine angemessene Rolle in den monopolisti-

schen Bereichen» erlangt. «Die CKW-Beteiligung des Kantons ist ein sehr grosses Risiko für eine reine Finanzanlage. Daher wäre es wichtig, dem zumindest regulatorisch Rechnung zu tragen, indem man eine Eignerstrategie überlegt und die strategischen Ziele und Eckpunkte daran festmacht und öffentlich diskutiert», sagt Arnold auf Anfrage.

So soll der Regierungsrat darauf hinwirken, dass «die CKW in die Teile Energie und Netze aufgeteilt wird». Der Teil Netze soll mehrheitlich in den Besitz des Kantons Luzern überführt werden. Am Teil Energie soll der Kanton keine Beteiligung mehr halten. Die heutige Minderheitsbeteiligung des Kantons Luzern soll bei einem Splitting der Geschäftsbereiche entsprechend vollständig auf

den Teil Netze fokussiert und soweit erhöht werden, dass der Kanton Luzern eine Mehrheitsbeteiligung für diesen Teil erlangt. Sei eine entsprechende Umgestaltung der Beteiligung nicht möglich, soll eine komplette Veräusserung der CKW-Aktien geprüft werden.

Cheflöhne: Regierung soll Antrag stellen

Der Vorstoss von Sarah Arnold ist nicht der einzige, der sich mit der CKW befasst. Der Malterser FDP-Kantonsrat Ruedi Amrein fordert in einem dringlichen Postulat das Festlegen der Entschädigungen von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung der CKW durch die Generalversammlung. «Rund drei Viertel der FDP-Fraktion unterstützen das Anliegen», sagt Amrein auf Anfrage.

Hintergrund: Nach einem politischen Aufschrei wegen hoher Boni werden die Cheflöhne der CKW-Mutterfirma Axpo künftig nicht mehr in Eigenregie vom Axpo-Verwaltungsrat festgelegt; ab nächstem Jahr müssen diese von der Generalversammlung vorab genehmigt werden. Bei der CKW sind die kürzlich ebenfalls gestiegenen Cheflöhne hingegen weiterhin Sache des Verwaltungsrats, wie diese Zeitung kürzlich aufgezeigt hat.

Amrein fordert nun, dass der Regierungsrat an der nächsten GV einen entsprechenden Antrag stellt. Insbesondere soll sichergestellt werden, dass bei der Festlegung der Vergütungen nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch die «besondere rechtliche Stellung und Marktbedingungen der CKW» angemessen berücksichtigt werden, erklärt Amrein. Die nächste CKW-Generalversammlung findet am kommenden Donnerstag statt, doch selbst wenn der von Ruedi Amrein angestossene Antrag eingereicht würde, dürfte dieser an der GV vom nächsten Donnerstag nicht behandelt werden, wie ein CKW-Sprecher erklärt: «Gemäss Statuten müssen Anträge auf Statutenänderung sechs Wochen vor der Versammlung eingereicht und in der Einladung zur GV traktandiert werden.»

Für politische Diskussionen wird das dringliche Postulat im Kantonsparlament am Dienstagmorgen wohl dennoch sorgen. Die Regierung beantragt nämlich, den Vorstoss dringlich zu behandeln – und dazu sagt der Kantonsrat in der Regel ja. Die beiden Vorstösse habe man zur Kenntnis genommen, sagt der CKW-Sprecher. «Es sind beides Themen, die unsere Eigner diskutieren und entscheiden müssen.»